Ausgabe 01/ 10

Naumann Report

Liberale Nachrichten aus Land und Region

www.fdp-greiz.de www.dirk-bergner.de

Liebe Leserinnen und Leser,

pünktlich zur Kreismitgliederversammlung ist der Naumannreport da. Unser neues Infoblatt frisch aus dem Naumanneck für Liberale und liberal Interessierte von Liberalen im Kreis Greiz.

Angedacht ist, ungefähr quartalsweise zu berichten über die Arbeit der FDP wie auch der FDP – nahen Listenverbindungen und Vereinigungen sowie Fraktionen im Landkreis Greiz wie auch über die Arbeit der FDP – Fraktion im Thüringer Landtag. Mitglieder des FDP-Kreisverbands erhalten den Naumannreport gedruckt per Post frei Haus, weitere Interessenten können ihn gegen eine Schutzgebühr abonnieren. Zusätzlich besteht die Möglichkeit, unser Infoblatt als PDF – Datei kostenfrei im Internet unter www.fdp-greiz.de sowie www.dirk-bergner.de herunterzuladen.

So wollen wir den Informationsaustausch verbessern und dazu beitragen, dass die Arbeit der Liberalen noch besser an die Frau, an den Mann gebracht wird.

Das mit Leben zu erfüllen, geht freilich nur, wenn Alle mit anpacken. Ich möchte Sie deshalb ausdrücklich bitten und ermuntern, aus Ihren Ortsverbänden, Stadt – und Gemeinderäten zu berichten oder einfach nur zu schreiben, wo Ihnen der Schuh drückt. Am schnellsten geht das, wenn Sie Ihre Post per E-Mail(wk@dirk-bergner.de) schicken. Ist Ihnen das nicht möglich, können Sie Ihr Manuskript auch per Fax an 03661/ 6128991 bzw. per Post an Bürgerbüro Dirk Bergner, August – Bebel – Straße 6, 07973 Greiz, schicken.

Demokratie lebt vom Einmischen, vom Mitmachen. Wir freuen uns auf Ihre Post.

Herzlichst

Ihr

Dirk Bergner

Für Sie im Satz: FDP

Inhalt

Inhaltsverzeichnis *Seite 2*

Regionales aus dem Raum Greiz

Willkommen im Naumanneck *Seite 3*

Kreistagsfraktion im Portrait *Seite 4*

Berufsschulen unter Druck *Seite 5*

Bericht vom Stadtrat Zeulenroda-Triebes *Seite 6*

Junge Liberale starten ins neue Jahr *Seite 7*

Kreisvorstand im Landkreis unterwegs *Seite 8*

Aus Land und Bund

FDP in Kommunen in Land und Bund *ab* *Seite 9*

Barth zur Regierungserklärung Lieberknechts *Seite 15*

Bergner zum Kommunalabgabengesetz / Entwurf des Vergabegesetzes *Seite 16*

FDP-Landtagsfraktion kritisiert erhöhte Ausgaben / Neufassung des KiTa-Gesetzes *Seite 17*

Geplante Einschnitte bei der Solarförderung kritisch *Seite 18*

Kurth: Jetzt möglichen Spielraum nutzen / Solarentscheidung vertagt *Seite 19*

Kommunen dürfen nicht zum Verlierer der großen Koalition werden *Seite 19*

Für eine Zukunft in Thüringen / FDP meldet Bedenken beim Kauf der Steuer-CD *Seite 20*

Konjunkturanfällige Gewerbesteuer gehört abgeschafft *Seite 21*

FDP begrüßt Urteil des Bundesverfassungsgerichtes / Ausbildung von Rettungsasst. *Seite 22*

Wachstumsbeschleunigungsgesetz / Damit der Landarzt nicht nur im Fernseh. kommt *Seite 23*

Bürgergeld statt Hartz IV / Bergner besucht das besetzte Stasigefängnis Erfurt *Seite 24*

Die Thüringer FDP zum neuen Landeshaushalt *ab* *Seite 25*

Medien

Aufgefallen *ab* *Seite 27*

Sonstiges

Anzeigen, Leserbriefe, Impressum, Unterhaltung *ab* *Seite 28*

Für Sie im Einsatz: FDP

Willkommen im Naumanneck

„Das kann sich sehen lassen“

Für Sie im Einsatz: FDP

Greiz. Nun sind einige Monate vergangen, seitdem die damals noch leer stehenden Räume an der Ecke August-Bebel-Straße / Friedrich-Naumann-Straße, dazu auserkoren wurden, zum neuen Anlaufpunkt, rund um die Arbeit der FDP, für die Bürger aus dem Landkreis Greiz zu werden.

„Nach viel Staub und einigen Schönheitskorrekturen, sind wir nun in der Lage allen Bürgern zu sämtlichen politischen Fragen Rede und Antwort zu stehen.
Das kann sich sehen lassen.“, so Manuel Schöfski, gemeinsam mit Diana Katzer einer von zwei Mitarbeitern des Büros.

„Außerdem ist das Naumanneck auch feste Basis um unseren Herrn Bergner jederzeit Rückhalt für seine Arbeit im Landtag geben zu können.“
Seit der offiziellen Eröffnungsfeier, am 22.01.2010, sind nun alle Mitglieder, sowie Nicht-Mitglieder herzlich eingeladen, montags bis freitags, immer 9:00 bis 12:00 Uhr und 13:00 bis 16:00 Uhr im Naumanneck vorbeizuschauen.
Wir stehen mit offenem Ohr und soweit möglich mit Rat und Tat zur Seite.

Manuel Schöfski

Kreistagsfraktion im Kurzporträt

Greiz. *„Mit einem sehr starken Wahlergebnis haben wir es geschafft, wieder mit vier Mitgliedern eine Fraktion im Kreistag Greiz bilden zu können. Der Dank gilt hierbei allen Parteifreunden, die im Wahlkampf für dieses Ergebnis mit gekämpft haben."* (Jens Zimmer)

Auf ihrer konstituierenden Sitzung, am 29.06.2009 trafen sich die Mitglieder Dirk Bergner, Jan Popp, Wilhelm Wüstner und Jens Zimmer, und nahmen ihre Arbeit auf.

Zum Fraktionsvorsitzenden wählten die Mitglieder Jens Zimmer. Als Stellvertreter steht ihm Wilhelm Wüstner zur Seite.

Gleichzeitig wurden die Ausschüsse mit den Mitgliedern besetzt.

Weiterhin waren sich die Mitglieder darin einig, die Fraktion um erfahrene Parteifreunde als beratende Stimme zu erweitern. Somit wurden für die Sitzungen die Parteifreunde Dr. Horst Gerber, Raimund Kolbe und Anton Daburger eingeladen.

„Damit haben wir eine gute Basis, um konstruktiv und Bürgernah am politischen Geschehen des Kreistages Greiz teilzunehmen.", äußerte sich Jens Zimmer abschließend.

Weitere Informationen abrufbar unter www.keis-grz.de.

Jens Zimmer

Für Sie im Einsatz: FDP

Berufsschulen unter Druck

Erhalt des Berufsschulstandortes Greiz

Greiz. In einem offenen Brief an die Handwerkskammer im Landkreis Greiz, dem Präsidenten der Industrie- und Handelskammer, sowie der Ostthüringer Zeitung und der Thüringer Landeszeitung brachte Jens Zimmer, FDP-Fraktionsvorsitzender im Kreistag Greiz, seine große Besorgnis und die seiner Fraktionskollegen über den Entwurf zum gemeinsamen Berufsschulnetz in Ostthüringen, zum Ausdruck.

So schrieb Jens Zimmer:

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit großer Besorgnis hat die FDP-Fraktion im Kreistag Greiz den Entwurf zum gemeinsamen Berufsschulnetz in Ostthüringen zur Kenntnis genommen.

Laut der veröffentlichten Meinung über das zukünftige Berufsschulnetz im Landkreis Greiz ist erkennbar, dass das Konzept vorsieht, mit Ausnahme der Holzmechanik, alle handwerklichen Ausbildungszweige, sowie die Ausbildung zum Kaufmann für Bürokommunikation aufzugeben.

Die angeführte Begründung kann hierbei nicht überzeugen.

Es sollte vor allem im Interesse der Kammern liegen, gleiche Wirtschaftsbedingungen für Ihre Mitgliedsunternehmen zu schaffen.

Es ist davon auszugehen, dass mit dem Fehlen der Ausbildungsplätz, in naher Zukunft ebenfalls ein erhöhter Fachkräftemangel innerhalb des Landkreises zu erwarten ist. Im besonderen Maße gefährdet diese Entwicklung, den derzeit hervorragende Standortfaktor im Landkreis Greiz, welcher im Kreisvergleich den Spitzenplatz in Thüringen einnimmt und der zugunsten der umliegenden Kreise und kreisfreien Städte verloren gehen würde. Eine Zentralisierung der Berufsschulen spricht hierbei klar gegen das bis jetzt so erfolgreiche „Duale Ausbildungssystem“.

Vergleicht man den Entwurf mit dem INSM-Regionalranking werden die derzeitigen Ausbildungsstrukturen fahrlässig aufgegeben. Stehen derzeit im Durchschnitt 98,9 Lehrstellen 100 Bewerbern gegenüber, dürfte das ausgearbeitete Konzept die schon angespannte Entwicklung der Demographie weiter verschärfen. Von einer weiteren Verstärkung der Abwanderung – vor allem junger Leute – ist auszugehen. Ein weiteres Ergebnis dürfte auch die Abwanderung von angesiedelten Firmen – Ihrer Mitglieder - sein. Wir die FDP-Fraktion im Kreistag Greiz sind bemüht, die jetzige Entwicklung aufzuhalten, zumindest eine Abmilderung herbeizuführen.

Wir rufen Sie auf, sich für Ihre Mitgliedsunternehmen einzusetzen und mitzuhelfen, dass gleiche Wirtschaftsbedingungen für alle Unternehmen in Ostthüringen geschaffen werden. Geben Sie Ihren Mitgliedern eine starke Stimme zum Erhalt der sehr guten regionalen Ausbildungsbedingungen.

Mit freundlichen Grüßen

Jens Zimmer

Als großen Erfolg verzeichnete man nun, dass dieses Berufsschulkonzept noch einmal neu überdacht wurde und auch die Landrätin Martina Schweinsburg sich im Jahresgespräch positiv über den Erhalt der technischen Berufsfelder aussprach.

Jens Zimmer

Für Sie im Einsatz. FDP

FDP im Stadtrat

Bericht vom Stadtrat Zeulenroda-Triebes

Zeulenroda-Triebes. Seit der Kommunalwahl 2009 besitzt der Stadtrat Zeulenroda – Triebes wieder eine FDP – Fraktion. Mit dem Triebeser Peter Wild und dem Zeulenrodaer Dr. Gerber sitzen zwei kommunalpolitisch erfahrene Liberale im Beschlussgremium, die mit den beiden berufenen Bürgern Alexander Popp und Gerd Grimm Kompetenz auf den Feldern Bau, Planung, Schule und Sport in den Ausschüssen repräsentieren.

Und es gibt keine absolute Mehrheit der CDU mehr, was zur Folge hat, dass für die Beschlussvorlagen des Bürgermeisters wieder die Mehrheit durch überzeugende Sachargumente gefunden werden muss.

Die FDP versteht sich dabei nicht als fundamentale Opposition, sondern sie unterstützt die Verwaltung überall dort, wo es aus ihrer Sicht sinnvoll und förderlich für die Entwicklung der Stadt und aller ihrer Ortsteile ist.

Besonders zeigte sich das bei der Beratung des Haushaltes.

Auf der einen Seite musste der Haushalt ausgeglichen werden, da erhebliche Einnahmen aus der Gewerbesteuer ausfallen. Das sollte über Personalveränderungen erfolgen, die aber dem Stadtrat in der erforderlichen Übersichtlichkeit und Klarheit

nicht vorgelegt werden konnten. Gerade auf diesem sensiblen Gebiet kann und wird es von der FDP keine pauschale Zustimmung geben. Auf der anderen Seite zeigte der Haushalt Wunschprojekte, deren konkreter Nutzen für die Stadt ebenfalls nicht dargestellt werden konnte. Hier konnte sich die FDP mit ihrer Forderung nach konzeptionellem Vorlauf durchsetzen.

Entsprechend des Subsidiaritätsprinzips ist die Gemeinde für Zuschüsse zuständig. Aber es ist darauf zu achten, dass diese freiwilligen Leistungen immer nur zur Unterstützung von ehrenamtlichem Wirken der Bürger der Stadt gewährt haben. Hier haben sich oftmals Traditionen eingespielt, die es schrittweise zu überprüfen gilt.

In Zeiten knapper Kassen muss das Wünschenswerte hinter das Notwendige zurücktreten! Eine Stadt muss langfristig denken und darf sich nicht einen Fördermitteldiktat von Land und Bund unterwerfen. Denn dann sind bald keine finanziellen Spielräume mehr vorhanden

Auch deshalb ist die FDP – Landtagsfraktion aufgerufen, Verschiebungen zugunsten der kommunalen Schlüsselzuweisungen und zu Lasten der unzähligen Landesfördertöpfe bei der schwarz-roten Regierung anzumahnen.

Dr. Horst Gerber

Für Sie im Einsatz: FDP

„Nach der Wahl ist vor der Arbeit“

Die Jungen Liberalen starten ins neue Jahr

Kreis Greiz.

Nicht nur die FDP hat 2009 ein spannendes und erfolgreiches Jahr hinter sich. Auch bei den Jungen Liberalen in der Region wird das Superwahljahr noch lange in Erinnerung bleiben. Seit 1. Mai ist der JuLi-Kreisverband Greiz auch in Gera aktiv und hat mit Jan Bettermann aus Greiz und Michael Dobritz aus Gera zwei Liberale an seiner Spitze, die mit kreativen Ideen in den Wahlkampf gingen. Vor allem im Straßenwahlkampf der FDP Gera waren die JuLis aktiv. „Viele Jugendliche aus allen Ecken des Kreises nutzen das Wochenende in der Ostthüringenmetropole. Wir JuLis hatten so perfekte Möglichkeiten, unsere Erstwählerkampagne an den Mann zu bringen“, so der jungliberale Kreisvorsitzende Jan Bettermann.

Auch im Landtagswahlkampf waren die JuLis aktiv. So veranstalteten sie eine Wanderung, bei der JuLis und Jungwähler zwischen Gera und Ronneburg mit den Direktkandidaten Dirk Bergner und Dieter Falk ins Gespräch kommen konnten. Dabei war es einmal den Mitgliedern des gesamten Verbands Greiz-Gera möglich, dem FDP-Kreisverband Greiz näher zu kommen. „Jeder junge Mensch, den wir für die Liberalen begeistern können, ist eine Freude für uns“, so die JuLis. Dass sich das Engagement auszahlt, zeigten die Wahlergebnisse, welche dem Landkreis einen liberalen Landtagsabgeordneten brachten und den Thüringer JuLis mit Patrick Kurth einen eigenen Abgeordneten in Berlin.

Doch nach der Wahl ist vor der Arbeit und die steht auch 2010 für die JuLis an. Es geht darum, mehr Jugendliche für Politik und die Partizipation in der liberalen Familie zu begeistern und das 2009 gewonnene Interesse zu erhalten. Dafür haben die JuLis einiges vor. Am 12. Februar um 19 Uhr fand die erste Veranstaltung der neuen Reihe „JuLi-Treff“ im Bürgerbüro „Naumanneck“ statt. Dirk Bergner sprach über die landespolitischen Entwicklungen der ersten 5 Monate im neuen Landtag reden und freute sich, mit vielen interessierten jungen Menschen ins Gespräch zu kommen. Weitere „JuLi-Treffs“ in Greiz finden am 11. Juni und 13. August statt. Nicht nur für diese Veranstaltungen haben die JuLis jetzt einen Platz in der August-Bebel-Straße 6 gefunden. Auch für das Tagesgeschäft und interessante Gespräche steht das Büro mit dem JuLi-Kreisvorsitzenden Bettermann und dem Jungliberalen Manuel Schöfski als Mitarbeiter des „Naumannecks“ zur Verfügung.

Weitere Aktionen und Veranstaltungen der JuLis finden Sie in den nächsten Ausgaben vom „Naumannreport“. Für Fragen steht Ihnen der JuLi-Kreisvorsitzende Jan Bettermann unter jan_bettermann@gmx.de zur Verfügung.

Jan Bettermann

Für Sie im Einsatz: FDP

Kreisvorstand im Landkreis unterwegs

Werben für die liberale Sache

Anton Daburger(nicht im Bild), Michael Gewohn, Frank Chwastek, Günter Hartmann, Alexander Popp, Evelyn Zschächner, Jens Zimmer, Raimund Kolbe, Frank Bergmann, Günter Seidel, Dr. Horst Gerber, Dirk Bergner, Wilhelm Wüstner (v.l.) (Archivfoto)

Der Kreisvorstand der Liberalen ist auch dieses Jahr wieder im gesamten Landkreis unterwegs. „Dabei ist es uns wichtig, verstärkt fernab der großen Städte zu tagen, um unsere Botschaft einer freien, gerechten, günstigeren und einfacheren Politik auch in entlegeneren Orten des Landkreises zu tragen.“, so Bergner, Kreisverbandsvorsitzender des FDP-Kreisverbandes Greiz.

Wichtig für das anstehende Jahr ist für den Kreisvorstand, Neumitglieder zu gewinnen. Hier müssen wir uns auf die leider noch vorhandenen, weißen Flecken im Landkreis konzentrieren. Für unsere zukünftige Arbeit ist es wichtig, diese Flecken mit Farbe, natürlich Gelb-Blau, mit Leben zu erfüllen.

Ein Hauptaugenmerk, darin sind sich alle Vorstandsmitglieder einig, sollten die Städte Weida und Berga, sowie der dazugehörige Ländlichen Räume sein. In Gemeinden wo wir schon vor Ort sind, gilt es mit Mitgliederwerbung die Stärke unseres Kreisverbandes zu erhöhen. Ob im linken oder im rechten Ohr, jeder der etwas mit Verändern möchte, ist uns willkommen: Getreu unserem Motto: „Einmischen statt Meckern!“. Wir rufen alle Mitglieder auf in ihrem Bekanntenkreis für unsere liberale Idee zu werben und die Mitarbeit im Kreisverband anzubieten.

Für weitere Informationen: www.fdp-greiz.de .

Manuel Schöfski

FDP in Kommunen, Land und Bund

Liberale in den Rathäusern

FDP im Landkreis Greiz

Landkreis Greiz. Freiheit, Gleichheit und soziale Gerechtigkeit fördern. Dafür haben wir in verschiedenen Teilen des Landkreises Ansprechpartner der liberalen Sache. Wir haben gewählt damit sie in den Städten und Gemeinden etwas bewegen, verändern und so lassen sich die Früchte unserer Wählerstimmen mehr oder weniger deutlich in den Städte und Gemeinderäten ablesen.

So ist die FDP im Kreistag mit:

Jens Zimmer
Fraktionsvorsitzender

Dirk Bergner

Jan Popp

Wilhelm Wüstner
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender

vertreten.

Sowie in den Städten und Gemeinden:

Stadt Greiz:

Wilhelm Wüstner

Jan Popp

Michael Kniebel

Günther Seidel

Gemeinde Harth-Pöllnitz:

Anton Daburger

Franziska Köhler

Hartmut Fuchs

Stadt Hohenleuben:

Dirk Bergner

Carsten Delitscher

Frank Urbansky

Thomas Grünert

Christfried Büttner

Stadt Ronneburg:

Frank Bergmann

Gemeinde Langenwetzendorf:

FDP/Bürger für Langenwetzendorf

Heiko Neudeck

Dirk Barthold

Stadt Zeulenroda-Triebes:

Dr. Horst Gerber

Peter Wild

Gemeinde Seelingstädt:

FDP/Bürger für Seelingstädt

Reiner Zetzsche

Die FDP im Thüringer Landtag

Sieben auf einen Streich

Thomas L. Kemmerich, Heinz Untermann, Dirk Bergner, Franka Hitzing, Marian Koppe, Uwe Barth und Lutz Recknagel (von links)

Erfurt. Die FDP-Fraktion im Thüringer Landtag stellt sich vor:

Der Fraktionsvorsitzende Uwe Barth teilt sich, durch die Wahl erreichten 7 Sitze, mit der Landtagsvizepräsidentin und Stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Franka Hitzing, dem Parlamentarischen Geschäftsführer Dirk Bergner, Thomas L. Kemmerich, Marian Koppe, Heinz Untermann und Lutz Recknagel.

Aktuelles zu ihrer Arbeit, wie zum Beispiel den ersten Gesetzesentwurf der Thüringer FDP-Fraktion, über die Änderung des Thüringer Ladenöffnungsgesetzes, welches den Thüringer Einzelhändlern die Machtlosigkeit nehmen soll, zu zuschauen wenn regelmäßig zu Weihnachten die Thüringer zum Einkaufen in die Nachbar-Bundesländer ausweichen und eine komplette Auswahlliste ihrer Anfragen und Anträge finden sie im Internet unter www.thl-fdp.de.

Für Sie im Einsatz. FDP

In den Ausschüssen setzt sich die FDP-Fraktion wie folgt zusammen:

Uwe Barth

Stellvertretendes Mitglied im Haushalts- und Finanzausschuss, sowie Stellvertretendes Mitglied im Innenausschuss

Kontakt über:

Wahlkreisbüro Uwe Barth, Ansprechpartner: Axel Poschmann, Bachstraße 24, 07749 Jena,

E-mail: axelposchmann@yahoo.de Tel.: 03641 420973 // Fax: 03641 420974

Dirk Bergner

Sprecher für Innenpolitik; im Ausschuss für Innenpolitik, sowie Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Bau, Verkehr und Landesentwicklung

Kontakt über:

Wahlkreisbüro „Naumanneck“,
Ansprechpartner: Diana Katzer, Manuel Schöfski
August-Bebel-Straße 6, 07973 Greiz,
E-Mail: wk@dirk-bergner.de
Tel.: 03661 6128990 // Fax: 03661 6128991

Franka Hitzing

Sprecherin für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Sprecherin für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz; Im Ausschuss für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz, sowie Stellvertretendes Mitglied Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit

Kontakt über:

Wahlkreisbüro Franka Hitzing,
Ansprechpartner: Alexander Fischer, Karola Heinemann
Am Altendorf 60, 99734 Nordhausen,

E-Mail: fdp-nordhausen.de
Tel.: 03631 982289 // Fax:03631 983996

Thomas L. Kemmerich

Sprecher für Gleichstellungspolitik, Wirtschaft, Technologie und Arbeit;
Vorsitzender im Ausschuss für Gleichstellung, Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft, Technologie und Arbeit, sowie Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten

Kontakt über:

Wahlkreisbüro Thomas L. Kemmerich,
Ansprechpartner: Yvonne Probandt, Anja Beger
Marbacher Gasse 35-37, 99084 Erfurt,

E-Mail: buero.kemmerich@fdp-ef.de
Tel.: 0361 2211736 // Fax:0361 2124152

Marian Koppe

Sprecher für Soziales, Familie und Gesundheit, Sprecher für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten; im Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit, Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten, sowie Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Bildung, Wissenschaft und Kultur

Kontakt über:

Wahlkreisbüro Marian Koppe, Ansprechpartner: Sabine Heunemann
Große Allee 1, 07407 Rudolstadt

E-Mail: marian.koppe@thl-fdp.de
Tel.: 03672 8296278 // Fax:03672 8296080

Lutz Recknagel

Sprecher für Haushalt und Finanzen;
Im Ausschuss für Haushalt und Finanzen, sowie Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft, Technologie und Arbeit

Kontakt über:

Wahlkreisbüro Lutz Recknagel,
Ansprechpartner: Estelle Schilling, Nadine Feldt
Metzelser Straße 23, 98547 Christes,

E-Mail: landtag@stahlnetz.de
Tel.: 036844 480777 // Fax: 036844 480877

Heinz Untermann

Sprecher für Bau, Landesentwicklung und Verkehr, Sprecher für Petitionen; Stellvertretender Ausschussvorsitzender für Bau, Landesentwicklung und Verkehr, sowie im Ausschuss für Petitionen

Kontakt über:

Wahlkreisbüro Lutz Recknagel, Ansprechpartner: Simone Peter
Bahnhofsstraße 25, 99610 Sömmerda,

E-Mail: heinz.untermann@soemmerda.de
Tel.: 036343 14075 // Fax: 036343 14075

FDP- Thüringen in Berlin

Nach 1994 endlich wieder 2 Abgeordnete im Deutschen Bundestag

Berlin. Durch die Wahlen 2009 wurden 93 FDP-Abgeordnete in den Bundestag gewählt. Unter ihnen, erstmals seit 1994 auch wieder Thüringer. Die 2 Vertreter des „Grünen Herzens Deutschlands“, der langjährige Oberbürgermeister Jenas, Dr. Peter Röhlinger (im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung) und der Generalsekretär der FDP-Thüringen, Patrick Kurth (im Ausschuss für Auswärtiges und Kultur und Medien), sind Vertreter des liberalen Thüringens in Berlin.

Dr. Peter Röhlinger

Für Sie im : FDP

Patrick Kurth

Barth zur Regierungserklärung von Ministerpräsidentin Lieberknechts

Erfurt. Zu der Regierungserklärung der

Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht, äußerte sich FDP-Landeschef und Fraktionsvorsitzender der FDP im Thüringer Landtag, Uwe Barth, angesichts der wirtschaftlichen Lage in Thüringen und den Vorhaben der gebildeten Schwarz-Roten Koalition, kritisch. In seiner Rede vor den Abgeordneten des Landtages zielte er bewusst auf die Fehler und Lücken der neugebildeten Koalition ab und ließ sich nicht nehmen, gleich aufzuzeigen wie man in kritischen Bereichen Thüringens, als Landesregierung bessere Ergebnisse erzielen könne.

„Zu einer verantwortungsvollen Politik gehöre der Mut, den Menschen die Wahrheit zu sagen." zitierte er aus der Rede der Ministerpräsidentin und fügte hinzu, dass dazu auch gehöre, der Wahrheit ins Auge zu blicken und verwies somit auf die im Koalitionsvertrag aufgeführten Augenwischereien und eine nicht zu verkennende, inhaltliche Leere. Indes hob er hervor, dass es wichtig sei ein von den politischen Fesseln befreites Land zu schaffen, um Thüringen als Standort für Forschung und Bildung attraktiver zu gestalten und verdeutlichte, entgegen der im Koalitionsvertrag aufgeführten Vorhaben von CDU und SPD, dass man den kleinen und Mittelständigen Unternehmen, die immerhin 90% der Unternehmen in Thüringen ausmachen und somit den überwiegenden Teil der Arbeitsplätze und damit auch die Steuern sichern, durch falsch gesetzte Prioritäten jeder Grundlage in der Wirtschaft entzieht.

Manuel Schöfski

Für Sie im Einsatz. FDP

Kommunalabgabengesetz

FDP: Straßenausbaubeiträge nur noch fakultativ

Erfurt. Thüringer Kommunen soll es künftig möglich sein, auf die Erhebung Straßenausbaubeiträgen zu verzichten. Das fordert die FDP-Landtagsfraktion in einem Antrag zur Änderung des Thüringer Kommunalabgabengesetzes (ThürKAG). Den thüringischen Kommunen soll es danach wie in Sachsen künftig freigestellt werden, ob sie Straßenausbaubeiträge erheben wollen oder nicht. "Die Gemeinden sollen selbst entscheiden dürfen, ob sie entsprechende Einnahmen benötigen", fordert Dirk Bergner, parlamentarischer Geschäftsführer und kommunalpolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion. Durch eine Änderung des KAG würde es den Kommunen ermöglicht, Beiträge - soweit es sich nicht um Erschließungsbeiträge nach dem Baugesetzbuch handelt - fakultativ zu erheben. Voraussetzung wäre eine entsprechende finanzielle Leistungsfähigkeit der Kommune. "Für den Bürger ist es nicht nachvollziehbar, warum er für den Straßenausbau Beiträge zahlen soll, wenn seine Stadt oder Gemeinde dazu in der Lage ist, die Baumaßnahmen aus den Steuereinnahmen zu finanzieren", so Bergner. Die derzeitige Gesetzeslage zwingt die Thüringer Städte und Gemeinden, ungeachtet ihrer Ertragslage und ihrer Leistungsfähigkeit zur Erhebung von besonderen Entgelten und Straßenausbaubeiträgen. "Da dies in zahlreichen Einzelfällen jedoch weder kommunalpolitisch gewollt noch erforderlich ist, wird damit in beiden Fällen unangemessen in die Belange der kommunalen Selbstverwaltung eingegriffen", bemängelt Bergner.

Dirk Bergner

Dirk Bergner

Für Sie im Einsatz: FDP

Bergner: Entwurf des Vergabegesetzes das Papier nicht wert

Erfurt. ***"Wer so etwas verfasst, kann selbst noch nicht hart gearbeitet haben."***

"Einen gewissen Unterhaltungswert" bescheinigte der Parlamentarische Geschäftsführer der Liberalen im Thüringer Landtag, Dirk Bergner, dem Umstand zu sehen, "wie die einen Genossen versuchen, mit den anderen Genossen Hase und Igel zu spielen."

Damit spielte der 45 - Jährige darauf an, dass die Linke es im Novemberplenum offenkundig darauf anlegte, Gesetzentwürfe zu Themen vorzulegen, die auch die SPD im Wahlprogramm stehen hat. "Das macht aber die Sache inhaltlich nicht besser. Wenig andere Themen sind bereits derartig reglementiert wie die Vergabe.", so der Bauingenieur weiter. Bereits heute wirke sich das umfangreiche Regelwerk mit ständigen Änderungen, ständig komplizierteren Festsetzungen und ständig neuen Rechtsprechungen nachteilig auf die Vergabe öffentlicher Aufträge aus, warnte der Liberale mit Blick auf die Arbeitsplatzsituation.

Bergner, der selbst als planender Ingenieur seit vielen Jahren Ausschreibungen im Auftrag öffentlicher Bauherren durchführt, zeigte auf, welche Auswirkungen der Gesetzentwurf der Linken auf die Praxis hat: "Ihr Gesetzentwurf ist das Papier nicht wert, auf dem er steht."

Doch Bergner warnt weiter: "Es handelt sich eben nicht nur um einen Gesetzentwurf der Linken, sondern die SPD hat ähnlich unsinnige Vorstellungen nicht nur im Programm, sondern auch im Koalitionsvertrag verankert." Es komme darauf an, jetzt das Schlimmste zu verhindern, so der Praktiker kampfbereit.

-red-

FDP-Landtagsfraktion kritisiert erhöhte Ausgaben

Recknagel: "Verschuldung an der Verfassungsgrenze"

Erfurt. Der Finanzpolitische Sprecher der FDP-Fraktion im Thüringer Landtag, Lutz Recknagel (MdL), hat die von der Landesregierung geplante Neuverschuldung im Haushaltsentwurf für 2010 scharf kritisiert.

„Es gibt keinerlei Anlass zur Freude über den Kompromiss der CDU/SPD-Koalition“.

Im Gegenteil: mit einer geplanten Nettokreditaufnahme von 880 Millionen Euro bewege sich die Verschuldung an der Verfassungsgrenze. Geltende Gesetze würden im Freistaat missachtet, denn eigentlich sei der Haushalt ohne Neuverschuldung zu erstellen. Fehlende Einnahmeausfälle reichten als Begründung für diese extreme Neuverschuldung nicht aus, so Recknagel. Nachweislich sei lediglich ein sehr geringer Teil von 42 Mio. Euro auf Steuermindereinnahmen aus dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz der Bundesregierung zurückzuführen. Er vermutet in dem Etatentwurf noch einiges Einsparpotenzial.

„Fahrlässige Dummheit“, nennt er eine Ausweitung der Personalkosten. Schon heute beanspruchten sie mit insgesamt 2,5 Mrd. Euro mehr als die Hälfte der Steuereinnahmen Thüringens, das mit 22 Stellen auf 1.000 Einwohner über die höchste Quote unter den neuen Ländern verfügt. Ziel müsse ein Schlüssel von 16 Stellen auf 1.000 Einwohner, wie in Schleswig Holstein sein. Recknagel kritisiert weiter, dass die Rücklagenzuführung für Pensionen mit 0,5 der Ausgaben für Beamte viel zu gering veranschlagt sei. Eine ehrlichere Darstellung könne man durch Einführung der Doppik erreichen, wie das Beispiel in Hessen zeige. Die geplante Neuverschuldung sei angesichts derzeit niedriger Zinsen verführerisch, könne sich aber schon bald als Bumerang erweisen. Bereits jetzt müsse der Freistaat Thüringen jährlich 700 Mio. Euro für Zinsen aufbringen. Man werde den Haushaltsentwurf der Landesregierung kritisch prüfen und in die Beratungen im Landtag zahlreiche Einsparvorschläge unterbreiten, kündigte Recknagel an.

Jens Panse
pressestelle@thl-fdp.de

Für Sie im Einsatz. FDP

FDP will Regierung an Umsetzung messen

Neufassung des Thüringer KiTa-Gesetzes wird grundsätzlich begrüßt

Erfurt. *„Die angekündigten Maßnahmen in dem, von der CDU/SPD-Landesregierung vorgelegten, Entwurf zur Änderung des Thüringer Kindereinrichtungsgesetzes, werden von der FDP-Landtagsfraktion grundsätzlich begrüßt“*,

erklärte heute in Erfurt ihr Sozial- und Familienpolitischer Sprecher, Marian Koppe.

„Die Erhöhung der Erwerbsquote von Müttern, durch den Ausbau einer bedarfsgerechten Infrastruktur zur Kinderbetreuung und pädagogisch gut ausgestaltete Angebote an Tagespflege und Ganztageskindergärten“,

ist eine zentrale Forderung der Liberalen.

Die dazu vorgesehene Erhöhung des Betreuungsschlüssels, die Verbesserung der räumlichen Bedingungen und die Durchsetzung des Rechtsanspruchs auf einen KiTa Platz ab dem ersten Lebensjahr, seien aus Sicht der FDP sinnvolle Maßnahmen.

„Die dafür vorgesehenen 96 Mio. Euro sind gut angelegtes Geld, das an anderer Stelle im Landeshaushalt eingespart werden muss und nicht auf die Kommunen umgelegt werden darf“,

mahnt Koppe.
Positiv sieht er in dem Gesetzentwurf auch die gemeinsame Betreuung von Kindern mit und ohne Förderbedarf sowie die eingeforderte Elternmitwirkung. Noch nicht weit genug geht ihm dagegen die Regelung der Öffnungszeiten durch ein „bedarfsgerechtes Angebot“, das nur über Hilfsstrukturen einforderbar ist.

„Samstags- und Sonntagsarbeit gehören heute in vielen Berufen zur Normalität und damit zum Regelbedarf“, so Koppe.

Der Gesetzentwurf der Landesregierung biete aus Sicht der Liberalen gute Ansätze.

„Wir werden die Umsetzung einfordern“, kündigt Marian Koppe an. Dazu gehöre auch eine verbesserte Qualifikation von Erzieherinnen und Erziehern und die Steigerung der Attraktivität des Berufes.

Jens Panse
pressestelle@thl-fdp.de

Geplante Einschnitte bei Förderung von Solaranlagen kritisch

Kurth: Gespräche mit Thüringer Firmen

Berlin. Die Pläne von Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) zur Senkung der Förderung von Sonnenstrom bereits ab April bleiben auch in der Koalition umstritten und stoßen in Mittel- und Ostdeutschland auf Kritik. So erklärte der Thüringer FDP-Bundestagsabgeordnete Patrick Kurth, Sprecher für Aufbau Ost der FDP-Fraktion, sowie die Landesvorsitzende der FDP Sachsen-Anhalt Cornelia Pieper, Staatsministerin im Auswärtigen Amt, dass eine so drastische und vor allem kurzfristige Kürzung zu Arbeitsplatzverlusten in der mittel- und ostdeutschen Photovoltaikbranche führen könnten.

„Die Region hat sich in den vergangenen Jahren zu einem der bedeutendsten Standorte für Photovoltaik in Deutschland und Europa entwickelt. Dieser Wirtschaftszweig ist einer der wenigen Bereiche, bei denen die mitteldeutschen Länder sich tatsächlich etablieren konnten. Eine drastische Kürzung hat bei uns eine einschneidendere Wirkung, als in westdeutschen Gebieten“, so Kurth. Er führte in der letzten Woche entsprechende Gespräche u.a. mit Schott Solar Jena. Nächste Woche besucht Kurth Bosch Solar Arnstadt.

Der Bundestagsabgeordnete betonte, dass ein Einschnitt bei der Förderung richtig und notwendig sei, weil z.B. die Produktionskosten schneller gesunken sind als die Vergütungssätze im Erneuerbare-Energien-Gesetz. Auch die Nachfrage nach Solardächern war deutlich stärker als erwartet. „Auf eine Kürzung der Förderung ist die Branche eingestellt. Nicht aber in diesen kurzen Zeitraum. Es ist mehr Zeit notwendig, damit sich die Branche darauf einstellen kann. Zumal Gewinne im hohen Maße bei Forschung und Entwicklung reinvestiert werden“, so Kurth. Gerade Planungssicherheit spiele in diesem investitionsintensiven Industriesektor eine wichtige Größe. In Mittel- und Ostdeutschland sei in den letzten Jahren mit viel Fingerspitzengefühl und Weitsicht eine zukunftsträchtige Branche etabliert worden. Diese dürfe man nun mit unvorsichtigen und kurzfristigen Entscheidungen nicht unnötig gefährden,
erklärte der Bundestagsabgeordnete abschließend.

Pressestelle FDP-Thüringen

Für Sie im Bundestag: FDP

KURTH: Jetzt möglichen Spielraum nutzen / Solarentscheidung vertagt

Berlin. Die geplante zusätzliche Reduzierung der Einspeisevergütung für Solarstrom wird später als erwartet in den Bundestag eingebracht. Der FDP-Bundestagsabgeordnete Patrick Kurth erklärte, dass die FDP-Bundestagsfraktion weitere Vorschläge der Unionsfraktion bewerten wolle. Erst danach könne eine entsprechende Gesetzesänderung eingebracht werden. Nach Kurths Ansicht werde es „*keinesfalls zu Änderungen kommen, die den bisherigen Vorschlag verschärfen*."

Kurth betonte, dass damit Spielräume vorhanden seien, die richtig genutzt werden müssen. Dabei hat er vor allem die Länder im Blick. „Hilfreich ist es, wenn die betroffenen Bundesländer, so auch Thüringen, einen abgestimmten und einheitlichen Vorschlag auf den Tisch legen, der konkrete Zahlen beinhaltet", so Kurth. Der Abgeordnete, der auch Generalsekretär der Thüringer FDP ist, forderte die Thüringer Landesregierung auf, den unerwartet aufgetretenen Spielraum für ernsthafte Vorschläge zu nutzen.

Sebastian Kellner

Kommunen dürfen nicht zum Verlierer der großen Koalition werden

Für Sie im Einsatz. FDP

Erfurt. "Die Kommunen dürfen nicht zum Verlierer der Haushaltspolitik der großen Koalition in Thüringen werden." Mit diesen Worten kritisierte der parlamentarische Geschäftsführer und kommunalpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, Dirk Bergner, den heute vom Kabinett verabschiedeten Haushalt und den kommunalen Finanzausgleich. Danach sollen die Thüringer Kommunen nun rund 100 Millionen Euro weniger erhalten, als ursprünglich von Innenminister Peter Huber (CDU) in Aussicht gestellt worden sind. Hinzu komme, dass vom Land der Zuwendungsbedarf an die Kommunen auf der Grundlage der

ausgegebenen Mittel errechnet worden sei. Dieser berücksichtige somit nicht den tatsächlichen Investitionsbedarf und führe zu einem stetig wachsenden Investitionsstau. Für viele Kommunen, werde sich 2010 die Finanzsituation drastisch verschärfen, befürchtet Bergner, der selbst stellvertretender Bürgermeister in Hohenleuben ist. Viele so genannte freiwillige Aufgaben könnten nicht mehr finanziert werden. Die Kommunen müssten ihre Haushalte zum Teil komplett überarbeiten. Völlig unklar sei derzeit, wie die angekündigte Reform des Kindertagesstättengesetzes finanziert werden solle. Auch hier sei zu befürchten, dass die Kommunen am Ende auf den Mehrkosten sitzen bleiben. Bergner erneuerte auch die FDP-Kritik am Haushalt der Landesregierung. Statt an den Kosten für Verwaltung und Personal zu sparen, wie von der FDP gefordert, habe man bei den Zuweisungen an die Kommunen gekürzt, um die Neuverschuldung auf 880 Millionen Euro zu begrenzen.

Jens Panse
pressestelle@thl-fdp.de

.

Für eine Zukunft in Thüringen

Berlin. "*Die Bevölkerung Thüringens wird immer älter und nimmt weiterhin dramatisch ab*." Mit diesen Worten fasst der innenpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, Dirk Bergner, die Ergebnisse der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes zusammen. Betrug 2008 der Anteil der über 65-Jährigen an der Gesamtbevölkerung noch 22,6 Prozent, so werden es 2030 voraussichtlich schon rund 35 Prozent sein. Der Freistaat wird bis dahin jährlich rund 19.000 Menschen verlieren, mehr als 50 pro Tag. Neben dem Bevölkerungsschwund, sei vor allem der deutlich steigende Anteil von Menschen außerhalb des Erwerbsalters eine folgenreiche Entwicklung, stellt Bergner fest. 2030 würde laut Prognose das Durchschnittsalter in Thüringen auf über 51 Jahre steigen. Die damit verbundenen Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung Thüringens sind bereits in Ansätzen erkennbar und werden in den Folgejahren dramatischer werden. "*Der heute noch positiv empfundene Überschuss an Ausbildungsplätzen, ist auch ein Zeichen dafür, dass der eigene Nachwuchs fehlt um die Ausbildungsplätze zu besetzen*", so Bergner. Für den parlamentarischen Geschäftsführer

der FDP-Landtagsfraktion ist die neue Berechnung ein deutliches Warnzeichen. Die Landesregierung müsse Konzepte entwickeln, um der demographischen Entwicklung wirtschaftlich-, sozial- und bildungspolitisch zu begegnen. "*Besonderes Augenmerk verdient dabei die Entwicklung und der Erhalt heimischer Arbeitsplätze*", betont der Liberale. Wenn junge Leute abwanderten, so vor allem deshalb, weil sie in Thüringen zu wenig attraktive Arbeitsplätze fänden. "Deshalb müssen mittlere und kleine Unternehmen fairere Chancen auf dem Thüringer Markt erhalten und die Standortbedingungen für innovative und forschungsnahe Unternehmen zielstrebig ausgebaut werden", so Bergner abschließend.

Jens Panse
pressestelle@thl-fdp.de

Für Sie im Einsatz: FDP

FDP-Fraktion äußert Bedenken zum Kauf der Steuerdaten-CD

Erfurt. Die FDP-Fraktion im Thüringer Landtag hat Bedenken zum Kauf der CD mit Steuerdaten. "Ob der Zweck die Mittel heiligt, hängt von den Mitteln ab und nicht vom Zweck", so der Fraktionsvorsitzende Uwe Barth, der sich für eine sehr sorgsame Prüfung und einen sensiblen Umgang mit dem Thema aussprach. Der Erwerb einer möglicherweise mit kriminellen Mitteln beschafften Daten-CD sei eine fragwürdige Ermittlungsmethode und die Verwendung der Informationen aus rechtlicher Sicht umstritten. Steuerhinterziehung müsse dauerhaft wirksam bekämpft werden, aber auch Datendiebstahl sei ein Straftatbestand.

"Wir wollen Steuergerechtigkeit, aber nicht unter Nutzung von dubiosen Methoden", erklärte Barth. Er sprach sich gegen eine mögliche finanzielle Beteiligung Thüringens an dem Erwerb aus. Auch aus kaufmännischer Sicht sei das Ansinnen angesichts leerer Landeskassen ein Experiment mit unklarem Ausgang. "Diejenigen, die sich jetzt vehement für den Kauf der Daten-CD aussprechen, können nicht davon ausgehen, dass die aufgewendeten Gelder auch tatsächlich wieder eingespielt werden." Er sei jedenfalls gespannt, unter welchem Haushaltstitel Grüne und SPD die Kosten in einem defizitären Landeshaushalt verbuchen wollten.

Jens Panse *pressestelle@thl-fdp.de*

Konjunkturanfällige Gewerbesteuer gehört abgeschafft

Erfurt. "Den Gemeinden soll statt der wetterwendischen Gewerbesteuer eine verlässliche Einnahmequelle verschafft werden", erklärte heute der kommunalpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, Dirk Bergner. Angesichts der dramatischen Finanzlage der Kommunen sei es richtig, jetzt die grundsätzliche Lösung des Problems anzugehen. In der Krise gab es 2009 einen Konjunktureinbruch von 5 Prozent. Der Deutsche Städtetags schätzt gleichzeitig einen Rückgang bei der Gewerbesteuer von durchschnittlich18,3 Prozent, wobei die einzelnen Kommunen sehr unterschiedlich betroffen sind - mit teilweise über 30 Prozent Gewerbesteuermindereinnahmen. "Wir brauchen eine stabilere und verlässlichere Finanzierungsgrundlage für die Kommunen als die extrem konjunkturanfällige Gewerbesteuer", fordert deshalb Bergner. Im Koalitionsvertrag sei zwischen CDU/CSU und FDP die Einsetzung einer Kommission zur Erarbeitung von Vorschlägen zur Neuordnung der Gemeindefinanzierung verabredet worden.

Ziel der Kommission sei es, einen umfassenden Reformentwurf zu erarbeiten. Die FDP fordert seit Jahren, die Gewerbesteuer durch einen höheren Anteil an der Umsatzsteuer und einen kommunalen Zuschlag auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer zu ersetzen. "Ein eigenes Hebesatzrecht auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer schafft echten Wettbewerb zwischen den Gemeinden und Transparenz für Bürgerinnen und Bürger. Es sorgt so für Kostenbewusstsein und eine effiziente Mittelverwendung", so der parlamentarische Geschäftsführer der FDP-Fraktion. Mittels eines Zuschlags auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer würden alle Bürger und Unternehmen entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit an der Finanzierung ihrer Gemeinde beteiligt. Die 1990 eingeführte wettbewerbsverzerrende Gewerbesteuerumlage an Bund und Länder würde wieder entfallen.

Jens Panse
pressestelle@thl-fdp.de

Für Sie im Einsatz: FDP

FDP begrüßt Urteil des Bundesverfassungsgerichts

Erfurt. Der Fraktionsvorsitzende der FDP im Thüringer Landtag, Uwe Barth, hat das heutige Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Verbot der Vorratsdatenspeicherung begrüßt. "*Das Urteil ist ein großer Erfolg für die liberale Bürgerrechtspolitik. Unsere Ablehnung der Vorratsdatenspeicherung ist bestätigt worden*". Es sei unverhältnismäßig, so viele Telekommunikationsdaten von "*unbescholtenen Bürgern*" zu speichern und dann auch dem Staat und seinen Institutionen zur Verfügung zu stellen. Barth kritisierte in diesem Zusammenhang die Äußerungen von SPD-Landeschef Christoph Matschie als "*scheinheilig*". Die große Koalition, insbesondere die ehemalige SPD-Justizministerin Brigitte Zypries, habe mit ihrem Gesetz, das über der

Vorgaben einer EU-Richtlinie hinausging, die Grundrechte der Bürger verletzt und deshalb zu Recht eine Ohrfeige aus Karlsruhe erhalten. Liberale Politiker wie Burkhard Hirsch und Sabine Leutheusser-Schnarrenberger gehörten zu den Initiatoren der Klage beim Bundesverfassungsgericht. Sie haben als Beschwerdeführer entscheidend zu dem Erfolg beigetragen. Die Grundsatzdebatte über die Vorratsdatenspeicherung müsse nun sowohl in Berlin als in Brüssel neu aufgenommen werden.

Jens Panse
pressestelle@thl-fdp.de

Für Sie im Einsatz: FDP

Ausbildung von Rettungsassistenten im Fokus

Erfurt. "*Lebensretter brauchen eine zeitgemäße Ausbildung auf höchstem Niveau*", so der Gesundheitspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion Marian Koppe. Das Ausbildungsgesetz für den Rettungsdienst ist 20 Jahre alt. Als es verabschiedet wurde, gab es noch keine Defibrilatoren und kaum Medikamente in den Rettungswagen. Die Zeiten haben sich geändert, die rechtlichen Rahmenbedingungen aber nicht. Im Sinne der Notfallpatienten und der Einsatzkräfte vor Ort müsse politisch gehandelt werden, mahnt der Rettungspolitische Sprecher der FDP-

Bundestagsfraktion Jens Ackermann. Es sei Zeit für ein neues Gesetz zur Ausbildung von Rettungsassistenten. Experten treffen sich am Freitag (12. März) im Mühlhausen an der deutschlandweit einzigen staatlichen Schule, an der Rettungsassistenten ausgebildet werden. Auf Einladung der Johann-August-Röbling Berufsschule (Brückenstraße 32) in Mühlhausen diskutieren ab 11.30 Uhr (Raum E.1.3) Vertreter der Politik im Rahmen einer Podiumsdiskussion über das Rettungsassistentengesetz. Im Anschluss an die Podiumsdiskussion wird zu einem Presserundgang eingeladen.

Jens Panse

pressestelle@thl-fdp.de

Wachstumsbeschleunigungsgesetz

Entlastung der Familien und Mittelstand

Erfurt. Der FDP-Fraktionsvorsitzende im Thüringer Landtag, Uwe Barth, hat die Zustimmung des Bundesrates zum Wachstumsbeschleunigungsgesetz begrüßt. Er zeigte sich zugleich aber auch enttäuscht, dass die CDU -geführte Thüringer Landesregierung das Programm der Bundesregierung, das seinen ersten großen Schritt zur Entlastung der Familien und mittelständischer Unternehmen bedeute, nicht mitgetragen hat. „*Das ist der Versuch, der Fortsetzung des Kurses der ehemaligen großen Koalition in Erfurt*“, kritisierte er am Rande der Landtagssitzung in Erfurt.

pressestelle@thl-fdp.de

„Damit der Landarzt nicht nur im Fernsehen kommt“

Gesundheitspolitik

Erfurt. "*Die Ankündigungen der Thüringer Sozialministerin Heike Taubert (SPD), 10 Stipendien für die Unterstützung der Ausbildung von angehenden Hausärzten auszuloben, sind gegenüber der Lücke von schon jetzt 111 fehlenden Hausärzten in Thüringen nur ein Tropfen auf den heißen Stein*", kritisiert der Sozial- und Gesundheitspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion Marian Koppe. Immerhin habe die Ministerin auf seine Kleine Anfrage zu Gegenwart und Zukunft der ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum Thüringens reagiert und erste Schritte angekündigt. Dies reicht der FDP-Fraktion im Thüringer Landtag aber noch nicht aus.

Für Sie im Einsatz: FDP

Gesundheitspolitischer Sprecher Marian Koppe

"Die gegenwärtige und zukünftige ärztliche Versorgung im niedergelassenen sowie im stationären Bereich im ländlichen Raum Thüringens gibt uns unverändert Anlass zur Sorge", so Koppe, der in der Antwort der Ministerin konkrete Prognosen über altershalber drohende Praxisschließungen und zu Gemeinden ohne Hausarztsitz vermisst. Die FDP will einen flächendeckenden Erhalt der ambulanten, ärztlichen Versorgungen erreichen. Dazu seien zunächst gesicherte statistische Erhebungen und Prognosen erforderlich.

"Ärztliche Versorgung umfasst für uns sowohl den Hausarztbereich als auch die fachärztlichen Diagnostik und Betreuung", betont Koppe. Versuche, diese fachärztliche Betreuung auszudünnen, mit dem Ziel, sie nur noch an Krankenhäusern mit angeschlossenen Polikliniken oder medizinischen Versorgungszentren durchführen zu lassen, lehnt die FDP ab. Gute ambulante Leistungen können nur erbracht werden, wenn sowohl die Eigenverantwortung der Patienten gestärkt wird, als auch eine überschaubare adäquate Vergütung der Leistungserbringer sichergestellt ist. "Es ist für uns nicht akzeptabel, dass niedergelassene Ärzte rückwirkenden "Ausgleichzahlungen" und Regressforderungen ausgesetzt sind", so Koppe. Zeitnahe Abrechnungen seien ebenso notwendig, dass Ärzte betriebswirtschaftlich planen und ihre Existenz sichern könnten, "damit der Landarzt künftig nicht wirklich nur noch im Fernsehen kommt".

pressestelle@thl-fdp.de

Bürgergeld statt Hartz IV

Urteil des Verfassungsgerichtes bestätigt FDP-Kritik an Hartz IV-Regelungen

Erfurt. "Die bisherige Regelung der prozentualen Ableitung der Bedarfssätze für Kinder von den Regelsätzen für Erwachsene war willkürlich und nicht sozial ausgewogen. Deshalb begrüßen wir die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts", erklärte heute der der sozialpolitische Sprecher der FDP-Fraktion im Thüringer Landtag, Marian Koppe. Der richtige Bedarf für Kinder müsse nach der Entscheidung in Karlsruhe nun transparent berechnet werden. Kinder dürften nicht unter der Arbeitslosigkeit ihrer Eltern leiden, fordern die Liberalen. Durch angemessene Regelsätze müssten die Kinder aus Bedarfsgemeinschaften dieselben Bildungs- und Aufstiegschancen erhalten wie andere Kinder. "Durch die heutige Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts sehen wir uns aber auch in unserer grundsätzlichen Kritik am Hartz-IV-System bestätigt", betont Koppe. Die gesamte bürokratische Hartz-Gesetzgebung bedürfe einer Überarbeitung mit dem Ziel, der Einführung eines gerechteren Bürgergeldmodells. Er erneuerte in diesem Zusammenhang seine Kritik, dass es bei der bisherigen Regelung für Hartz-IV-Empfänger immer noch zu wenig Anreize gebe, wieder eine Tätigkeit auf dem ersten Arbeitsmarkt aufzunehmen. "Wer arbeitet, muss mehr in der Tasche haben, als derjenige, der nur auf die staatliche Unterstützung baut", so Koppe.

Jens Panse
pressestelle@thl-fdp.de

Für Sie im Einsatz: FDP

„Soweit hätte es nicht kommen dürfen“

Bergner besucht ehemaliges Stasi-Gefängnis in Erfurt

Erfurt. Der Parlamentarische Geschäftsführer der FDP-Fraktion im Thüringer Landtag Dirk Bergner hat am 5.1.2010 das ehemalige Stasi-Gefängnis in Erfurt besucht und sich bei den Besetzern über ihre Motive informiert. Nach dem Gespräch mit dem Hungerstreikenden Rainer Schneider und weiteren Vertretern des Vereins Freiheit e.V. zeigte sich Bergner erschüttert. „*Soweit hätte es nicht kommen dürfen*“. Die Landesregierung müsse jetzt schnell handeln und die gegenüber den betroffenen ehemaligen Häftlingen gegebenen Zusagen über Mitspracherecht erfüllen. Es sei zeitnah ein Konzept für den weiteren Betrieb als Gedenkstätte vorzulegen, bei dessen Entwurf die Opfer angemessen eingebunden werden. Schließlich stelle die CDU wie in der Vorgängerregierung den Ministerpräsidenten bzw. die Ministerpräsidentin Er werde das Gespräch mit der Stasi-Landesbeauftragten Hildigund Neubert suchen. Danach werde die FDP-Fraktion über weitere parlamentarische Schritte entscheiden, erklärte Bergner.

Jens Panse
pressestelle@thl-fdp.de

Barth: „Haushalt ist Verantwortungslos“

Die FDP stimmte gegen den Haushalt

Erfurt. "Dieser Haushalt ist verantwortungslos. Wenn Sie so weitermachen, wird demnächst wahrscheinlich Griechisch als Amtssprache in Thüringen eingeführt", sagte der Fraktionsvorsitzende der FDP Uwe Barth heute in der Debatte zum Thüringer Landeshaushalt 2010 an die Adresse der Regierungsparteien. "Thüringen steht nunmehr mit gut 16,5 Mrd. Euro in der Kreide und wird jedes Jahr über 653 Millionen Euro für die Zinsen ausgeben müssen. Deshalb ist dieser Tag kein guter Tag für Thüringen", stellte Barth fest, der im Anschluss an seine Rede Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht symbolisch die "rote Laterne" überreichte, weil Thüringen von allen neuen Bundesländern die höchsten Kredite aufnehmen muss.

Das Thüringer Haushaltsgesetz 2010 ist am Nachmittag gegen die Stimmen der FDP-Fraktion verabschiedet worden. Zuvor wurden ein Entschließungsantrag und sechs Änderungsanträge abgelehnt, mit denen die FDP-Fraktion noch einmal die Neuverschuldung begrenzen wollte. Barth bedauerte, dass es quer durch alle anderen Fraktionen keinerlei Willen zur Sparsamkeit gebe. "Wenn es ums Schulden machen geht, wird Thüringen von einer ganz großen rot-rot-schwarzen Koalition regiert." Die Zukunft Thüringens werde von sinkenden Einnahmen bei steigenden Zinslasten geprägt. Dies raube Gestaltungsmöglichkeiten für künftige Generationen, so Barth.

Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, sei die maßgebende Aufgabe der nächsten Jahre, um dauerhaft Stabilität zu sichern, hatte gestern erst Bundespräsident Horst Köhler gemahnt. "Sie gehen den Weg in die genau entgegengesetzte Richtung", warf der FDP-Fraktionsvorsitzende abschließend der Landesregierung vor.

Jens Panse
Pressestelle@thl.fdp.de

Für Sie im Einsatz. FDP

FDP: Millionen werden im neuen Haushalt versenkt

TLZ: 14.4.2010 Erfurt/Weimar.

Fraktionschef Uwe Barth kritisiert im Gespräch mit der Thüringischen Landeszeitung vor allem das neue Landesarbeitsmarktprogramm von Wirtschaftsminister Machnig. Die FDP will es streichen. Insgesamt will die Partei einen dreistelligen Millionenbetrag einsparen. Die Landesregierung versenkt völlig unnötig Millionenbeträge im neuen Haushaltsplan. Diesen schweren Vorwurf erhebt die oppositionelle FDP gegenüber der Landesregierung.

Gravierendstes Beispiel ist für den FDP-Fraktionsvorsitzenden Uwe Barth das neue Landesarbeitsmarktprogramm von SPD-Wirtschaftsminister Matthias Machnig . 15 Millionen Euro sind dafür eingeplant. Dafür sollen in Thüringen 23 Jobcenter neu geschaffen werden. In jedem sollen drei so genannte Job Coaches angestellt werden.

Die neuen Jobcenter haben nichts zu tun mit den schon bestehenden gleichnamigen Jobcentern der Arbeitsagenturen. Hier wird eine unnötige Doppel- und Dreifachstruktur geschaffen, kritisiert Barth die Planungen. Denn die 70 Stellen, die jetzt geschaffen werden, verursachen auch in den nächsten Jahren Folgekosten, so der Liberale. Das mit dem Programm verfolgte Ziel, Langzeitarbeitslosen und vor allem deren Kindern zu helfen, sei ehrenwert. Aber: Für die Zukunft der Kinder ist eher die Frage der Bildung entscheidend. Die Streichung des Landesarbeitsmarktprogramms ist einer der Kernpunkte der Änderungsvorschläge der FDP für den Landeshaushalt. Insgesamt will die Oppositionspartei einen dreistelligen Millionenbetrag einsparen. Sparpotenzial sieht man auch bei den 32 Millionen Euro, die für das Landeserziehungsgeld angesetzt sind.

Für Sie im Einsatz. FDP

Jens Panse
Pressestelle@thl.fdp.de

Aufgefallen

Liebe Leser,

Hans Dietrich Genscher ist einer der wohlbekanntesten und beliebtesten FDP-Politiker in Deutschland. Ein unerwartetes Ereignis erlebten unsere langjährigen Parteifreunde Wolfgang und Gerlinde Walde. Sie folgten einer Einladung der Friedrich-Naumann-Stiftung zum 20.ten Jahrestag des Mauerfalls im Leipziger Gewandhaus. Am Leipziger Mendebrunnen kam es zu einer unverhofften, spontanen und herzlichen Begegnung mit dem Außenminister a.D. So titelte die Leipziger Volkszeitung vom 14.08.09:

„Genscher bleibt Genscher“.

-red-

Bei dieser Begegnung entstand das hier gezeigte Bild.

Wolfgang und Gerlinde Walde, Hans-Dietrich Genscher, Inge und Hans-Joachim Schädlich (v.l.)

Anzeigen

Der FDP Kreisverband Greiz gratuliert:

Im ersten Quartal des Jahres 2010

Herrn Dirk Bergner,

Herrn Anton Daburger,

Herrn Marco Fleischer,

Herrn Herbert Freund,

Herrn Harmut Fuchs,

Herrn Dr. Horst Gerber,

der dieses Jahr **25 jähriges Jubiläum** als Mitglied und Kämpfer für die liberale Sache feiert.

Herrn Michael Gewohn,

Herrn Günter Hartmann,

Herrn Christian Herrfurth,

Herrn Jörg Hierold,

Frau Marlies Kaufmann,

Herrn Raimund Kolbe,

der im ersten Quartal zwar nicht Geburtstag hat,

aber dafür letztes Jahr **41 jähriges Jubiläum** als Mitglied und Kämpfer für die liberale Sache feierte.

Frau Nicole Lierse,

Frau Anetta Lindig,

Herrn Alexander Popp,

Herrn Hilmar Rau,

Herrn Stefan Roith,

Frau Gerlinde Walde,

die dieses Jahr **25 jähriges Jubiläum** als Mitglied und Kämpfer für die liberale Sache feiert.

Herrn Wolfgang Walde,

Herrn Ullrich Weise,

Herr Ulrich Winterstein,

Herr Jens Zimmer,

Herr Toralf Zipfel

Für Sie im Einsatz: FDP

mit besten Wünschen für Gesundheit und Erfolg für das kommende Lebensjahr!

Veranstaltungstipps

Am 04.06.2010 ist der Kunstmaler Werner Hekel im Naumanneck zu Gast, welches damit den Auftakt zu einer Reihe „Kunst trifft Politik“ eröffnet.

Am 12.06.2010 findet in der Jürgen-Fuchs-Straße 1,Erfurt, in der Zeit von 10:00 Uhr – 18:00 Uhr der Tag der offenen Tür im Landtag statt.

Am 29./30.05.2010 lädt der erste Geraer Töpfermarkt auf den Marktplatz nach Gera ein.

Am 29./30.05.2010, zwischen 10:00 und 18:00 Uhr findet am Kletterturm in Ronneburg der diesjährige Funsporttag statt.

Am Sonnabend den 29.05.2010 findet in der Stadtkirche St.Marien, Greiz, zwischen 19:30 Uhr und 22:00 Uhr eine Kulinarische Orgelnacht zu Greiz statt.

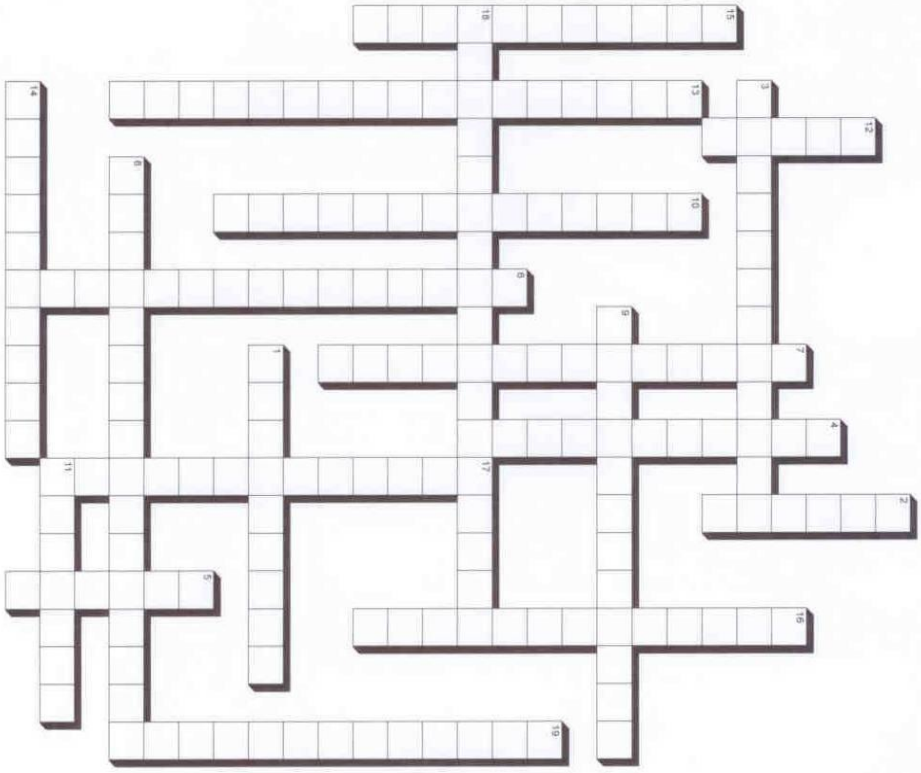
Für Sie im Einsatz: FDP

Leserbriefe

Liebe Freunde der liberalen Sache aus dem Kreis Greiz.

Falls Sie Fragen, Anregungen, Kritik haben, oder sich einfach gern zu einem gedruckten Artikel äußern wollen, können wir Ihnen hier einen Platz für Ihre Leserbriefe anbieten.

Naumannrätsel



1. Fraktionsvorsitzender der Thüringer Landtags-FDP
2. Sitz des Thüringer Landtages
3. Innenpolitischer Sprecher FDP-Fraktion Thüringen
4. Vorsitzender der FDP-Kreistagsfraktion Greiz
5. Zahl der FDP-Abgeordneten im Th. Landtag
6. Bau- und Verkehrspolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion
7. Vizepräsidentin des Thüringer Landtages (FDP)
8. Vorsitzender des Thüringer Gleichstellungsausschusses
9. Sozialpolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion
10. Familienpolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion
11. Umgs.Sprachlich: 'Freiheitliche Gesinnung'
12. Jugendvereinigung der FDP
13. Generalsekretär der FDP
14. Gründungsort der FDP
15. Größte Sozialpolitische Forderung der FDP
16. Erster Bundespräsident der BRD (FDP)
17. Letzter Bundespräsident der FDP
18. Parteivorsitzender der FDP
19. Generalsekretär der FDP Thüringen

Lösungswort:

Die Auflösung finden Sie im nächsten Heft.

Impressum

Naumannreport

Liberales Infoblatt für Mitglieder und Freunde der FDP im Raum Greiz

Verantwortlich für Inhalt/Redaktion:

Dirk Bergner, MdL

Wahlkreisbüro „Naumanneck“

August-Bebel-Straße 6

07973 Greiz

Der Naumannreport ist für Mitglieder der FDP im Kreisverband Greiz kostenfrei. Sowie als PDF-Datei abrufbar im Internet unter: www.dirk-bergner.de

Für Sie im Einsatz: FDP